



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

iDEEN
INNOVATION
WACHSTUM
Die Hightech-Strategie für Deutschland

Forschung für die zivile Sicherheit

Gesellschaftliche Aspekte





Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Aktuelle Forschungsvorhaben



Sicherheiten, Wahrnehmungen, Bedingungen und Erwartungen – ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland (BaSiD)

Motivation

„Was führt dazu, dass wir uns sicher fühlen?“ Das Sicherheitsempfinden jedes Einzelnen ist sehr stark von persönlichen Erfahrungen und äußeren Einflüssen abhängig. Bislang gibt es erste vereinzelte wissenschaftliche Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen dem persönlichen Sicherheitsempfinden und der unterschiedlichen Einschätzung von Bedrohungen. Systematische Erkenntnisse hierüber wären jedoch wesentlich für die Erarbeitung und Umsetzung von präventiven Maßnahmen und effizienten Sicherheitskonzepten, die in der Gesellschaft möglichst breite Akzeptanz finden.

Ziele und Vorgehen

Hier setzt das Projekt BaSiD an, indem es gesellschaftliche, regionale, mediale und technische Einflüsse auf das Sicherheitsempfinden untersucht. Als Bedrohungen werden Kriminalität, Terrorismus, Naturkatastrophen und technische Großunglücke betrachtet. Hierzu werden erstmalig Umfragedaten aus Schadensereignissen zusammengeführt und eine Erhebung des individuellen Sicherheitsempfindens, unter Berücksichtigung sozialer und regionaler Randbedingungen, durchgeführt. Ergänzt wird dies durch eine inhaltliche Analyse von aktuellen Medienbeiträgen zur gesellschaftlichen Gefahrenwahrnehmung und Sicherheits-erwartung.

Innovationen und Perspektiven

In einem Handbuch „Barometer für die Sicherheit in Deutschland“ werden Eckdaten zum Verständnis des (Un-)Sicherheitsempfindens geliefert und der Politik, Technologieentwicklern, Dienstleistern und Verantwortlichen für Sicherheit sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das Sicherheitsbarometer soll nicht nur eine Übersicht über das aktuelle Sicherheitsempfinden in Deutschland geben, sondern eine umfassende Beurteilung aktueller und zukünftiger Trends in Bezug auf die Wirkung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit ermöglichen.



Das Sicherheitsempfinden von Personen ist individuell verschieden. (Quelle: © iStockphoto.com / tatsi)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitel

Sicherheiten, Wahrnehmungen, Bedingungen und Erwartungen – ein Monitoring zum Thema Sicherheit in Deutschland (BaSiD)

Laufzeit

06/2010 - 08/2013

Projektpartner

- Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg
- Bundeskriminalamt, kriminalistisch-kriminologische Forschung und Beratung, Wiesbaden
- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., Institut für Soziologie
- Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe
- Interfakultäres Zentrum für Ethik in der Wissenschaft, Tübingen
- Freie Universität Berlin, Katastrophenforschungsstelle
- Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Abt. Kommunikations- und Medienwissenschaft

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Jörg Albrecht
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht
Günterstalstr. 73
79100 Freiburg i. Breisgau
Tel.: +49 761 708-1204
h.j.albrecht@mpicc.de



Entscheidungsfindung in komplexen Einsatzlagen (EIKE)

Motivation

Bei Großunfällen, wie der Explosion der Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko oder dem Fährunglück der Lisco Gloria vor Fehmarn, sehen sich die Einsatzkräfte häufig mit sehr komplexen Einsatzlagen konfrontiert. In solchen Situationen gilt für die beteiligten Entscheidungsträger, die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt zu treffen. Dabei handeln sie unter hoher psychischer und physischer Anspannung und im Bewusstsein, dass die Folgen ihrer Entscheidungen mit hohen Einsätzen, bis hin zum möglichen Verlust von Menschenleben, verbunden sein können.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt EIKE hat zum Ziel, die Entscheidungsfindung in komplexen Einsatzlagen zu optimieren. Hierzu sollen zunächst Erkenntnisse über die menschliche Entscheidungsfindung in Krisensituationen analysiert werden. Daraus sollen Aussagen abgeleitet werden, unter welchen Bedingungen welche Entscheidungsstrategien zu den besten Ergebnissen für die Bewältigung von Großschadenslagen führen. Insbesondere Studien am Schiffssimulator sowie die Begleitung von realen maritimen Großübungen soll die Praxistauglichkeit der Projektergebnisse sicherstellen.

Innovationen und Perspektiven

Die Ergebnisse werden in die Ausbildung und Praxis der Seenotrettung integriert und im gleichen Umfang auf den Bereich der Luft- und Landrettung übertragen. Darüber hinaus werden sie weiteren Rettungsdiensten sowie Katastrophenschutz und Polizei zur Verfügung gestellt.



Fährunglück der Lisco Gloria (Quelle: © DGzRS)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitle

Entscheidungsfindung in komplexen Einsatzlagen (EIKE)

Laufzeit

03/2012 - 02/2015

Projektpartner

- Universität zu Köln, Seminar für Allgemeine BWL, Unternehmensentwicklung und Organisation
- Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), Bremen

Verbundkoordinator

Dr. Norbert Steigenberger
Universität zu Köln, Seminar für Allgemeine BWL,
Unternehmensentwicklung und Organisation
Albertus-Magnus-Platz
50923 Köln
Tel.: +49 221 470-2857
steigenberger@wiso.uni-koeln.de



Forschungsforum Öffentliche Sicherheit (Forschungsforum)

Motivation

Die Rahmenbedingungen für die öffentliche Sicherheit haben sich unter anderem durch terroristische Anschläge, transnational organisierte Kriminalität sowie technische und wirtschaftliche Abhängigkeiten drastisch verändert. Deshalb wird eine Aufarbeitung der Ereignisse und ihrer Auswirkungen sowie die Bestandsaufnahme von bereits vorhandenem sicherheitsrelevanten Wissen immer dringlicher.

Ziele und Vorgehen

Ein wesentliches Ziel des Forschungsforums ist die Zusammenführung bisheriger Arbeiten und die Identifikation zukünftig relevanter Forschungsthemen aus unterschiedlichen Disziplinen zur öffentlichen Sicherheit. Bisher wurden in Workshops unterschiedliche Bedrohungsszenarien zu kritischen Infrastrukturen, Kriminalität, Pandemie und Naturgefahren diskutiert und die Ergebnisse publiziert. Die Untersuchungen werden nun um die Themenfelder Sicherheitsdienstleistungen/Sicherheitswirtschaft sowie Sicherheitswahrnehmung erweitert.

Innovationen und Perspektiven

Die Projektergebnisse des Forschungsforums tragen dazu bei, öffentliche Debatten zur Bewertung von Risiken und Unsicherheiten moderner Gesellschaften zu intensivieren und damit neue Strategien der Risiko- und Krisenkommunikation zu etablieren. Die Ergebnisse des Projekts dokumentieren die wissenschaftlichen und politischen Perspektiven zur öffentlichen Sicherheit.



Die Erforschung der Ursachen, Verläufe und Konsequenzen von Krisen ist ein wichtiger Baustein für Prävention.
(Quelle: © iStockphoto.com / studiovision)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Forschungsforum Öffentliche Sicherheit
(Forschungsforum)

Laufzeit

10/2009 – 09/2014

Projektpartner

• Freie Universität Berlin, Fachbereich Mathematik und Informatik

Projektkoordinator

Prof. Dr.-Ing. Jochen Schiller
Freie Universität Berlin
Fachbereich Mathematik und Informatik
Takustr. 9
14195 Berlin
Tel.: +49 30 8387-3140
jochen.schiller@fu-berlin.de

Ansprechpartner

Dr. Lars Gerhold
Forschungsforum Öffentliche Sicherheit
Freie Universität Berlin
Fabeckstraße 15
14195 Berlin
Tel.: +49 30 838-75247
lars.gerhold@fu-berlin.de



Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz (INKA)

Motivation

Die Aufgaben des Katastrophenschutzes werden in Deutschland von einem Netz aus Schutz- und Rettungskräften, Hilfsorganisationen sowie staatlichen Behörden wahrgenommen. Bestmöglich vorbereitete Rettungskräfte sind wichtig, um die Auswirkungen von Großschadenslagen oder Naturkatastrophen zu bewältigen. Dabei wird auf die Kapazität und Kompetenz freiwilliger Helfer zurückgegriffen. Die Akteure des Katastrophenschutzes beobachten jedoch veränderte Anforderungen an das freiwillige Engagement in ihren Organisationen.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Verbundes INKA ist, neue Wege zu entwickeln, um die Integration von freiwilligen Helferinnen und Helfern aus allen Bevölkerungsgruppen in die Krisenbewältigung organisatorisch, institutionell und sozio-kulturell zukunftsfähig zu gestalten. Durch eine professionelle und zeitgemäße Integration soll die Attraktivität des freiwilligen Engagements bei der Bevölkerung gesteigert und der sinkenden Bereitschaft, sich in Organisationen zu engagieren, entgegengewirkt werden. Hierzu werden die Rahmenbedingungen und die Motivation potenzieller Freiwilliger analysiert und in Bezug zu den Strukturen und Prozessen der Rettungsorganisationen gesetzt. Des Weiteren wird untersucht, wie sich die Vereinbarkeit freiwilligen Engagements mit dem Berufsleben verbessern lässt.

Innovationen und Perspektiven

Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen für die Integration von Freiwilligen in den Katastrophenschutz abgeleitet, die sich an Verbände und Organisationen sowie an Unternehmen richten.



Freiwillige Helfer sind aus dem Katastrophenschutz nicht mehr wegzudenken. (Quelle: © Maria. P. – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitel

Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz (INKA)

Laufzeit

10/2012 - 09/2015

Projektpartner

- Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
- Universität Stuttgart
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), Stuttgart
- Berliner Feuerwehr

Verbundkoordinator

Matthias Max
Wissenschaftlicher Mitarbeiter Sicherheitsforschung
Bevölkerungsschutz und Ehrenamt - T23
Deutsches Rotes Kreuz - Generalsekretariat
Carstennstr. 58
12205 Berlin
Tel.: +49 30 85 404-396
maxm@drk.de



Innovative Geschäftsmodelle für Sicherheit von Versorgungsinfrastrukturen (InnoGeSi.net)

Motivation

Die Verantwortung für die Sicherheit von Versorgungsnetzen liegt aufgrund von fragmentierten Märkten bei vielen verschiedenen Betreibern. Kaskadeneffekte, die zu übergreifenden Störungen der Versorgung führen, sind mit wirtschaftlichen Konsequenzen verbunden. Erweiterte betriebswirtschaftliche Ansätze sollen zeigen, dass sich Investitionen in die Sicherheit für den einzelnen Betreiber lohnen können.

Ziele und Vorgehen

Im Fokus des Vorhabens InnoGeSi.net stehen die notwendigen wirtschaftlichen, organisatorischen und institutionellen Voraussetzungen für innovative Geschäftsmodelle aus dem Bereich der Netzsicherheit. Als Szenario dient die zukünftige Organisation der Sicherung von Versorgungsnetzen auf regionaler und länderübergreifender Verbundbasis. Diese sind wesentliche Bestandteile der kritischen Versorgungsinfrastrukturen.

Innovationen und Perspektiven

Im Rahmen des Projektes werden neue Geschäftsmodelle für die Betreiber von Versorgungsnetzen und Entstörungsdiensten sowie für Versicherer erarbeitet, um die Sicherheit der Versorgungsnetze weiter zu erhöhen. Diese Modelle werden sowohl auf ökonomischer als auch auf organisationssoziologischer Ebene untersucht. Dabei soll eine ökonomische Kette aus Finanzierung, Versicherung, Standardisierung und übergreifender Zusammenarbeit entstehen, die zusätzliche Investitionen anregt, und der Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger dient.



Oberirdisch verlegte Rohre eines Gasnetzes (Quelle: © svidtoll – Fotolia.de)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitel

Innovative Geschäftsmodelle für Sicherheit von Versorgungsinfrastrukturen (InnoGeSi.net)

Laufzeit

10/2012 - 09/2015

Projektpartner

- Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
 - Institut für Anlagen und Systemtechnologien der Universität Münster
 - Kompetenzzentrum Versicherungswissenschaften GmbH, Hannover
 - Deutsches Institut für Normung e. V., Berlin
 - NBB – Netzgesellschaft Berlin Brandenburg
 - nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung e. V., Berlin
 - Deutsche Gesellschaft für Qualität e. V., Frankfurt
- Im Unterauftrag: GESI Deutsche Gesellschaft für Systeminnovation mbH, Berlin

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Michael Bräuninger
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) gemeinnützige GmbH / HWWI Consult GmbH
Heimhuderstraße 71, 20148 Hamburg
Tel.: +49 40 340576-330
braeuninger@hwwi.org



Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen (Kat-Leuchttürme)

Motivation

Stromausfälle, in der Folge sukzessive ausfallende Telekommunikationsmöglichkeiten und der Ausfall weiterer Versorgungsinfrastrukturen können bereits nach relativ kurzer Zeit zu kritischen Situationen führen. Im Fall von länger andauernden Stromausfällen gibt es notstromversorgte Gebäude, die als Anlaufstellen für die Bevölkerung dienen könnten, derzeit aber nicht auf diese Funktion vorbereitet sind.

Ziele und Vorgehen

Im Projekt Kat-Leuchttürme wird ein Konzept für Anlaufstellen für die Bevölkerung im Krisenfall entwickelt. Dabei sollen ausgewählte Gebäude so ausgestattet werden, dass hier die nötigsten Hilfeleistungen erbracht oder von dort aus organisiert werden können. Zudem soll über einen Zeitraum von mehreren Tagen eine Notstromversorgung und Kommunikation dieser Stellen gewährleistet werden können. Im Projekt soll das Konzept exemplarisch für verschiedene Leuchtturmmodelle, wie zum Beispiel Feuerwachen, Krankenhäuser oder Bezirksamter, erarbeitet und getestet werden. Dabei werden neben der technischen Realisierung vor allem die sozial-psychologischen Faktoren untersucht.

Innovationen und Perspektiven

Das Projekt verfolgt einen innovativen Ansatz, um im Krisenfall effektive Hilfe für die Bevölkerung gewährleisten zu können. Mithilfe einer sicheren Notstromversorgung ausgewählter Gebäude und einem Notfall-Kommunikationssystem soll die Versorgung der Bevölkerung auch über längere Zeiträume sichergestellt werden.



Großflächiger Stromausfall: Notstromversorgte Gebäude sollen den Bürgern als Anlaufstellen dienen. (Quelle: © Jakob Niezabitowski – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitel

Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen (Kat-Leuchttürme)

Laufzeit

08/2012 - 07/2015

Projektpartner

- TimeKontor AG, Berlin
- Berliner Feuerwehr
- Beuth Hochschule für Technik, Berlin
- Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Berlin
- Charité-Universitätsmedizin Berlin
- Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin
- Humboldt-Universität zu Berlin

Verbundkoordinator

Thomas Leitert
TimeKontor AG
Schönhauser Allee 10-11
10119 Berlin
Tel.: +49 30 390087-0
thomas.leitert@timekontor.de



Technische Prävention von Low-Cost-Terrorismus (LoCo)

Motivation

In den letzten Jahren sind immer wieder Fälle und Vorbereitungen für terroristische Anschläge bekannt geworden, bei denen einfach zu beschaffende, kostengünstige Mittel ausreichend waren, um die zivilen Infrastrukturen in westeuropäischen Ländern an verletzlichen Punkten zu treffen.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes LoCo ist es, Bedrohungsanalysen an Szenarien eines „Low-Cost-Terrorismus“ anzupassen und Empfehlungen für situationsbezogene und technologische Präventionsmaßnahmen auszusprechen. Hierzu wurde im Verbund mit internationalen Terrorismusexperten eine Bestandsaufnahme westeuropäischer Low-Cost-Attentate und -versuche vorgenommen. Darüber hinaus wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt, die sich an den Denkweisen der Tätergruppen orientiert, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von Szenarien besser abschätzen zu können. Um die Denkweisen und die Dynamik der unterschiedlichen Tätergruppen nachzuvollziehen, wurde ein praxisorientiertes, sozialwissenschaftliches Experiment durchgeführt. Basierend auf den Ergebnissen wird geprüft, ob sich verallgemeinerbare Indikatoren finden lassen, die die Zielauswahl terroristischer Gruppen beeinflussen.

Innovationen und Perspektiven

Die Erkenntnisse des Projekts fließen in Konzepte für situationsbezogene und technologische Präventionsmaßnahmen ein. Dadurch wird eine Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere bei der Nutzung ziviler Infrastrukturen, erwartet. Die Konzepte werden in Form von Präventionsempfehlungen staatlichen Institutionen, Betreibern von Infrastruktureinrichtungen sowie Soziologen, Kriminologen sowie weiteren Terrorismusforschern zur Verfügung gestellt.



Sicher ans Ziel durch innovative Technologien und präventive Maßnahmen (Quelle: © iStockphoto.com / DNY59)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitel

Technische Prävention von Low-Cost-Terrorismus (LoCo)

Laufzeit

08/2010 - 11/2013

Projektpartner

• Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung,
Hamburg

Projektkoordinator

Michael Fischer
Institut für Sicherheits- und Präventionsforschung (ISIP)
Bogenallee 11
20144 Hamburg
Tel.: +49 40 42838-2311
michael.fischer@uni-hamburg.de



Mustererkennung und Video Tracking: sozialpsychologische, soziologische, ethische und rechtswissenschaftliche Analysen (MuViT)

Motivation

Im Gefolge der Gewaltvorfälle an S-Bahnhöfen und in U-Bahn-Stationen, beispielsweise in München, wurde – wie oft nach solchen Taten – als eine notwendige Maßnahme der Ruf nach intensiverer Videoüberwachung laut. Videoüberwachung wird allerdings nicht per se durch mehr Bilder, sondern erst durch schnellere und bessere Auswertung der Bilder wirkungsvoll. Techniken zur automatischen Mustererkennung, wie auch die Implementation von sogenanntem Video Tracking, bieten ein Potenzial, das Sicherheitspersonal bei dieser Aufgabe wirksam zu unterstützen. Solche „intelligenten“ Videosysteme werfen jedoch auch gesellschaftliche und rechtliche Fragen auf, die es im Zuge einer Technikentwicklung mit zu lösen gilt.

Ziele und Vorgehen

Zu den technischen Möglichkeiten, hier der Mustererkennung, sollen Fragen ihrer Anwendung im Kontext von Grundwerten wie Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und Privatheit untersucht werden. Mögliche Debatten werden antizipiert und – vor dem Hintergrund soziologischer, psychologischer, ethischer und rechtlicher Erkenntnisse und Anforderungen – in den Prozess der Technikentwicklung eingebracht. Das Projekt MuViT begleitet mehrere Projekte bei der Entwicklung von technischen Lösungen zur Mustererkennung und zum Video Tracking.

Innovationen und Perspektiven

Die Innovation des Projekts MuViT besteht darin, Lösungen anzubieten und Kriterien zu entwickeln, wie, an welchen Orten und unter welchen Bedingungen Systeme zur Mustererkennung gesellschaftlichen, ethischen und rechtlichen Anforderungen genügen können. Als Ergebnis wird von den Verbundpartnern ein gemeinsamer Kriterienkatalog als „Handreichung“ entwickelt.



Bei der technischen Entwicklung von Mustererkennungssystemen ist es wichtig, rechtliche und ethische Fragen mit zu lösen.
(Quelle: © Eberhard Karls Universität Tübingen)

Bekanntmachung

Mustererkennung

Projekttitel

Mustererkennung und Video Tracking: sozialpsychologische, soziologische, ethische und rechtswissenschaftliche Analysen (MuViT)

Laufzeit

05/2010 - 09/2013

Projektpartner

- Eberhard Karls Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften
- Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
- Universität Würzburg, Lehrstuhl für deutsches, europäisches und internationales Steuerrecht
- Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht
- Universität Würzburg, Lehrstuhl für Psychologie II (bis 30.04.2013)

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn
Eberhard Karls Universität Tübingen
Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften
Wilhelmstr. 19
72074 Tübingen

Ansprechpartner

Andreas Wolkenstein, M.A.
Tel.: +49 7071 29-77517 oder -77988
andreas.wolkenstein@izew.uni-tuebingen.de



Konzept zur primären Luftrettung in strukturschwachen Gebieten (PrimAIR)

Motivation

Rettungswagen und Notarzteinsetzfahrzeuge bilden die Grundlage für die Notfallversorgung in Deutschland. Diese Form der Primärrettung hat sich in Städten bewährt. In dünnbesiedelten Regionen sind die Wege zum nächstgelegenen Krankenhaus in der Regel länger als in Ballungsräumen, wodurch die Hilfsfristen, also die Zeiten bis zum Eintreffen der Einsatzfahrzeuge am Unglücksort, unter Umständen nicht eingehalten werden können.

Ziele und Vorgehen

PrimAIR untersucht, ob die Notfallversorgung in dünnbesiedelten Regionen durch den flächendeckenden Einsatz von Rettungshubschraubern verbessert werden kann. Dabei werden strukturelle, organisatorische und ökonomische Aspekte in die Untersuchungen mit einbezogen. Ziel ist es, die Primärrettung in strukturschwachen Regionen durch Einhaltung der Hilfsfristen zu optimieren und gleichzeitig die Kosten zu reduzieren. In diesem Zusammenhang untersuchen Sozialwissenschaftler die Effekte des demographischen Wandels sowie sozialpolitischer Entwicklungen auf die Notfallversorgungsstrukturen. Erhoben wird der heutige Stand der Notfallrettung in dünn besiedelten Gebieten, um strukturelle und organisatorische Anforderungen für den Einsatz der luftgestützten Primärrettung definieren zu können.

Innovationen und Perspektiven

Als Ergebnis soll ein Modell entstehen, das es ermöglicht, eine optimierte, luftgestützte Notfallversorgung in dünnbesiedelten Gebieten umzusetzen.



Rettungshubschrauber im Einsatz (Quelle: © Spidi 1981 – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitel

Konzept zur primären Luftrettung in strukturschwachen Gebieten (PrimAIR)

Laufzeit

06/2012 - 05/2015

Projektpartner

- antwortING Ingenieurbüro, Köln
- Fachhochschule Köln, Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr
- Klinikum der Universität München, Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement
- Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme (IVI), Dresden
- Asklepios Kliniken GmbH – Institut für Notfallmedizin, Hamburg

Verbundkoordinator

M.Sc. B.Eng. Benedikt Weber
antwortING Ingenieurbüro Weber Schütte Käser
Alarichstraße 56
50679 Köln
Tel.: +49 221 337787-0, +49 221 337787-29
weber@antwortING.de



Resilience by Design – Strategie für die technologischen Zukunftsthemen (RESILIEN-TECH)

Motivation

Unsere moderne Industriegesellschaft und ihre hochvernetzten Infrastrukturen sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Um insbesondere neu entstandenen Verwundbarkeiten entgegen wirken zu können, wird die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft und Unternehmen zum entscheidenden Faktor. In der zivilen Sicherheitsforschung hat daher das Thema „Resilienz“ an Bedeutung gewonnen.

Ziele und Vorgehen

Der Begriff „Resilienz“ beschreibt vereinfacht die Fähigkeit, die Funktion eines Systems auch bei Störungen zuverlässig aufrecht zu erhalten oder möglichst rasch in einen funktionsfähigen Zustand zurückzuführen. Im Projekt wird ein umfassendes Resilienz-Konzept, insbesondere für den Schutz kritischer Infrastrukturen, erarbeitet und mit technischen, organisatorischen, institutionellen und gesellschaftlichen Fragestellungen verknüpft. Dazu werden ausgewählte Zukunftsszenarien innerhalb sicherheitsrelevanter Themenfelder in Bezug auf Resilienz-Aspekte überprüft und hinsichtlich möglicher Rückwirkungen auf die künftige Sicherheitsarchitektur in der Interaktion zwischen Staat – Wirtschaft – Zivilgesellschaft und Bürger bewertet.

Innovationen und Perspektiven

Darauf aufbauend werden in Experten-Workshops internationale Perspektiven der Resilienz und das Thema „Resiliente Unternehmen“ beleuchtet. Es werden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die Entscheidern in Wirtschaft und Politik Wege in eine resiliente Gesellschaft sowie zukünftige Forschungsschwerpunkte aufzeigen sollen.



Multimedia-Welt (Quelle: © iStockphoto.com / Goldmund Lukic)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitle

Resilience by Design – Strategie für die technologischen Zukunftsthemen (RESILIEN-TECH)

Laufzeit

07/2012 - 06/2014

Projektpartner

- acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V., München
- Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut, EMI, Freiburg
- Im Unterauftrag: Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, FU Berlin

Ansprechpartner

Dr. Anna Frey
Deutsche Akademie der Technikwissenschaften e. V.
(acatech)
Hofgartenstraße 2
80539 München
Tel.: +49 89 1895748-67
Fax: +49 89 1895748-11
frey@acatech.de



Risikomanagement bei terroristischen Bedrohungen des schienengebundenen Personenverkehrs (RIKOV)

Motivation

Sicherheitsmaßnahmen im Bereich kritischer Infrastrukturen werden in der Regel auf Basis von Kosten- und Wirksamkeitsabschätzungen getroffen. Diese Einschätzungen allein sind aber noch nicht ausreichend. Gefragt sind Sicherheitslösungen, die praktisch anwendbar sind und die zur Gesellschaft passen, also die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wahren. Daher müssen die möglichen Maßnahmen auch hinsichtlich ihrer Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger bewertet werden.

Ziele und Vorgehen

Am Beispiel des schienengebundenen Personenverkehrs soll gezeigt werden, wie kritische Infrastrukturen durch ein ganzheitliches Risikomanagement besser vor terroristischen Anschlägen geschützt werden können. Dieses Risikomanagement zielt darauf ab, im Spannungsfeld zwischen dem technisch und organisatorisch maximal Erreichbaren, dem wirtschaftlich Sinnvollen und dem juristisch Zulässigen eine unter gesellschaftlichen und ethischen Gesichtspunkten akzeptable Lösung für ein ausgewogenes Konzept von Sicherheit und Freiheit zu entwickeln, das sowohl die Prävention als auch die Gefahrenabwehr umfasst.

Innovationen und Perspektiven

Das Risikomanagementsystem wird die kritische Infrastruktur des schienengebundenen Personenverkehrs erstmalig in seiner ganzen Komplexität erfassen, Risiken und Bedrohungen identifizieren und maßgeschneiderte Sicherheitsmaßnahmen zusammenstellen. Das System wird nach Abschluss des Vorhabens durch den Industriepartner zu einem marktreifen Produkt weiterentwickelt.



Ein ganzheitliches Risikomanagement soll kritische Infrastrukturen sicherer machen. (Quelle: © iStockphoto.com / holgs)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitle

Risikomanagement bei terroristischen Bedrohungen des schienengebundenen Personenverkehrs (RIKOV)

Laufzeit

11/2012 - 10/2015

Projektpartner

- Universität der Bundeswehr München, Lehrstuhl für Operations Research
- Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Kern- und Energietechnik (IKET)
- Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion (IIP)
- Fachhochschule Köln
- EADS Deutschland GmbH, Cassidian System Design Centre, Immenstaad

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Stefan Pickl
Universität der Bundeswehr München,
Lehrstuhl für Operations Research
Werner-Heisenberg-Weg 39
85577 Neubiberg
Tel.: +49 89 6004-2400
Stefan.Pickl@unibw.de



Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum (SIMENTA)

Motivation

Die Rolle des Bürgers bei der Schaffung von Sicherheit, seine Wahrnehmung von sozialer Verantwortung und sein Umgang mit Kriminalität unterliegen, gerade im ländlichen Raum, einem Wandel.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt SIMENTA untersucht, wie sich spezielle Praktiken und Methoden im Umgang mit Kriminalität und Unsicherheiten in ländlichen und kleinstädtischen Regionen äußern und wie diese entstanden sind. Im ersten Schritt wird ein Rahmenmodell zur Identifikation und Einordnung verschiedener Sicherheitsmentalitäten entwickelt. Dabei liegt der Fokus auf der Identifikation der Rolle von staatlichen Sicherheitskräften, dem Einfluss von ausgedehnten Bekanntenkreisen sowie auf Konzepten der gemeinschaftsbasierten Konfliktlösung. Darauf aufbauend werden sicherheitsrelevante Wahrnehmungsmuster und Handlungsstrukturen definiert. Durch Interviews und Gruppendiskussionen werden Unsicherheitsempfindungen und die wahrgenommene Bedrohung durch Kriminalität herausgearbeitet und die lokalen Ursachen für eine Verbesserung der Sicherheit oder des Sicherheitsempfindens identifiziert. Hieraus sollen zukunftsweisende Strategien und Praktiken für den Umgang mit sicherheitskulturellen Herausforderungen erarbeitet werden.

Innovationen und Perspektiven

Die Projektergebnisse werden relevanten Akteuren zur Verfügung gestellt. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, erfolgversprechende Strategien zum Umgang mit Kriminalität und dem untersuchten Wandel auf andere Regionen übertragen zu können.



Sicherheit in ländlichen Regionen (Quelle: © cmfotoworks – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitel

Sicherheitsmentalitäten im ländlichen Raum (SIMENTA)

Laufzeit

02/2012 - 01/2015

Projektpartner

- Universität Vechta, ISBS – Institut für Soziale Arbeit, Bildungs- und Sportwissenschaften
- Polizeiakademie Niedersachsen, Standort Nienburg

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Nina Oelkers
Universität Vechta, ISBS – Institut für Soziale Arbeit,
Bildungs- und Sportwissenschaften
Driverstraße 22
49377 Vechta
Tel.: +49 4441 15-615
Sekretariat: +49 4441 15-252
nina.oelkers@uni-vechta.de



Sicherheit im öffentlichen Raum (SIRA)

Motivation

Innovation in der zivilen Sicherheit erschöpft sich nicht in technischen Neuerungen. Sie muss an erster Stelle die Perspektive der Menschen berücksichtigen. Internationale Untersuchungen zeigen große Unterschiede bei der gesellschaftlichen Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen. Hier setzt das Forschungsprojekt SIRA an und fragt, welche Faktoren die Akzeptanz oder die Ablehnung von Sicherheitsmaßnahmen beeinflussen.

Ziele und Vorgehen

Im Projekt SIRA werden zum einen Maßnahmen bei der Sicherheitskontrolle im Personenluftverkehr untersucht, zum anderen die Erhebung und Speicherung von persönlichen Daten zur Erhöhung der Sicherheit. Individuelle Erfahrungen, das persönliche Rechtsempfinden und sozio-kulturelle Faktoren spielen eine Rolle bei der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen. Im Projekt SIRA wird zusätzlich der technologische Einfluss untersucht. Ziel ist es, alle beeinflussenden Faktoren zu identifizieren und einen Leitfaden zur Optimierung von Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz zu erstellen.

Innovationen und Perspektiven

Dafür wird von den Verbundpartnern ein wissenschaftliches Modell zur Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen erarbeitet. Die persönlichen Empfindungen von zum Beispiel Flugreisenden bei Sicherheitskontrollen werden in Interviews erfasst und fließen in dieses Modell ein. Auf dieser Grundlage wird eine Bewertungsmethodik entwickelt, die eine Einschätzung der Akzeptanz von Sicherheitsmaßnahmen erlaubt. Der Datenschutz wird dabei ebenso betrachtet, wie die Vorbildfunktion von Personen des öffentlichen Lebens. Aus rechtswissenschaftlicher Perspektive untersucht das Vorhaben Anforderungen, die sich aus Persönlichkeitsrechten und Maßnahmen zur Gewährleistung der Luftverkehrssicherheit ableiten und erarbeitet geeignete Lösungsvorschläge.



Beispiel einer Sicherheitskontrolle (Quelle: © iStockphoto.com / xyno)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitel

Sicherheit im öffentlichen Raum (SIRA)

Laufzeit

08/2010 - 07/2013

Projektpartner

- Universität Hamburg, Institut für Volkskunde/Kultur-anthropologie
- Fraunhofer-Institute ISI und IOSB, Karlsruhe
- EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Oestrich-Winkel
- Universität der Bundeswehr, Institut für Politikwissenschaft, Institut für Soziologie und Volkswirtschaftslehre, Lehrstuhl für öffentliches Recht, Neubiberg

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Carlo Masala
Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr
Werner-Heisenberg-Weg 39
85577 Neubiberg
Tel.: +49 89 6004-2044
carlo.masala@unibw.de



Sicherheitskultur im Wandel (SiW)

Motivation

Zivile Sicherheit ist zu einem zentralen Wert unserer modernen demokratischen Gesellschaft geworden. Um das Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen sicherheitspolitischen Handelns in der Gesellschaft zu schärfen und die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen zu stärken, ist ein Verständnis des Wandels der Sicherheitskultur notwendig. Sicherheitskultur ist die Gesamtheit der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Individuen und Organisationen, die darüber entscheiden, was als Gefahr anzusehen ist und mit welchen Mitteln ihr begegnet werden soll.

Ziele und Vorgehen

Das Forschungsprojekt untersucht den Wandel der Sicherheitskultur im Zusammenhang mit der kontinuierlichen Ausdehnung des Sicherheitsverständnisses und der Erweiterung des sicherheitspolitischen Aufgabenbereichs des Staates innerhalb der letzten fünfzig Jahre. In vier Fallstudien, die die Bereiche „Pandemien und gesundheitliche Risiken“, „Terrorismus“, „Energiesicherheit“ sowie „Menschenrechte“ umfassen, werden Auswirkungen auf die bundesdeutsche Sicherheitspolitik beobachtet und Veränderungen von Sicherheitskonzeptionen analysiert. Weiterhin wird untersucht, wie in der Informationsgesellschaft sicherheitspolitische Kommunikation stattfindet und welche Hürden dabei zu überwinden sind. Zudem soll mit einer Internetplattform der gesellschaftliche Diskurs über zivile Sicherheit gefördert werden.

Innovationen und Perspektiven

Das Forschungsprojekt soll den Wandel der Sicherheitskultur erfassen sowie die Ursachen und Folgen dieses Wandels identifizieren. Im Dialog mit Experten, gesellschaftlichen Interessengruppen und politischen Entscheidungsträgern werden erfolgreiche Problemlösungsoptionen und Kommunikationsstrategien herausgearbeitet.



Zivile Sicherheit ist ein zentraler Wert unserer Gesellschaft.
(Quelle: © iStockphoto.com / m-1975)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Sicherheitskultur im Wandel (SiW)

Laufzeit

06/2010 - 12/2013

Projektpartner

• Goethe-Universität Frankfurt am Main, Lehrstuhl
Internationale Organisation

Projektkoordinator

Prof. Dr. Christopher Daase
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Lehrstuhl Internationale Organisation
Exzellenz-Cluster „Normative Ordnungen“
Senckenberganlage 31
60323 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 798-22771
Christopher.Daase@normativeorders.net



Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET)

Motivation

In den letzten Jahren wurde die Öffentlichkeit immer wieder mit schweren Gewalttaten von Einzeltätern konfrontiert. Beispiele dafür sind Amokläufe an Schulen wie 2009 in Winnenden oder der Anschlag von Oslo 2011. Hochexpressive Gewalttaten und auch ihre Ankündigungen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung dar. Vor diesem Hintergrund wird ein interdisziplinärer Forscherverbund das Phänomen hochexpressiver Gewalttaten auf nationaler und internationaler Ebene analysieren, um insbesondere die ersten Anzeichen derartiger Taten erkennen zu können und die Prävention zu verbessern.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes TARGET ist die Analyse von Entwicklungsprozessen, die zu hochexpressiven Gewalttaten führen. Im Gegensatz zu anderen, lediglich auf öffentlich zugänglichen Informationen basierenden Untersuchungen, werden die Projektpartner mit staatsanwaltlichen Ermittlungs- sowie Gerichtsakten arbeiten und Interviews mit Tätern führen.

Auf Basis der Erhebungen zu hochexpressiven Tötungsdelikten durch junge Menschen bis 25 Jahren wird ein Modell erarbeitet, mit dessen Hilfe ernstzunehmende Drohungen sowie gewaltbezogene Verhaltensweisen identifiziert werden können.

Innovationen und Perspektiven

Das Vorhaben trägt mit der vergleichenden Analyse nationaler und internationaler Fallakten zur Grundlagenforschung in diesem Bereich bei. Die Projektergebnisse, im Wesentlichen die Entwicklungsverläufe und komplexen Ursachen der Eskalation und Radikalisierung bis hin zu Gewalttaten, werden Endnutzern der Bereiche Prävention, Früherkennung, Notfallvorsorge und Nachbetreuung zur Verfügung gestellt. Durch die beratende Mitarbeit von Vertretern der Polizei, Politik, Medienverbände, Sozialarbeit und Schulwesen werden die Bedarfe dieser Gruppen adäquat berücksichtigt.



Das Projekt TARGET analysiert die Motive für hochexpressive Gewalt. (Quelle: © iStockphoto.com / Andrew Cribb)

Bekanntmachung

Urbane Sicherheit

Projekttitle

Tat- und Fallanalysen hochexpressiver zielgerichteter Gewalt (TARGET)

Laufzeit

03/2013 - 02/2016

Projektpartner

- Freie Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie
- Deutsche Hochschule der Polizei Münster, Fachbereich Kriminologie und interdisziplinäre Kriminalprävention
- Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft und Kriminologie
- Universität Konstanz, Fachbereich Psychologie
- Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin

Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie

Habelschwerdter Allee 45

14195 Berlin

Tel.: +49 30 838 565-46

herbert.scheithauer@fu-berlin.de



Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX)

Motivation

Nicht-intendierte Folgen von Sicherheitspolitik sind ein international bekanntes Phänomen. Ein Beispiel dafür ist die Entstehung einer militanten Jihad-Bewegung als Folge des Afghanistankrieges der Sowjetunion in den 1980er Jahren. Gewaltkonflikte in Krisengebieten und außenpolitisches Handeln können demzufolge auch Einfluss auf Radikalisierungsprozesse haben.

Ziele und Vorgehen

TERAS-INDEX befasst sich mit der Frage, inwieweit externe Konflikte und außenpolitisches Handeln der Bundesrepublik Deutschland sowie dessen Darstellung in den Medien Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland zeigen. Neben der Untersuchung der Anfälligkeit insbesondere junger Menschen auf radikale Botschaften, wird der Einfluss externer Gewaltkonflikte auf islamistische Radikalisierungstendenzen in Deutschland untersucht. Mit den Ereignissen des arabischen Frühlings, die bisher kaum hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Europa betrachtet wurden, gehen auch in Deutschland Radikalisierungsprozesse einher, die ergänzend untersucht werden.

Innovationen und Perspektiven

Die erarbeiteten Indikatoren zur Beschreibung von Radikalisierungsprozessen werden Ermittlungsbehörden zur Verfügung gestellt. Außerdem entsteht eine interaktive Datenbank mit einer umfangreichen Medienrecherche zum außen- und sicherheitspolitischen Handeln fünf europäischer Staaten in 18 Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Die Projektergebnisse werden politischen Entscheidungsträgern und Akteuren der Inneren Sicherheit in Form von Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt.



Ziel des Projekts ist es, die Folgewirkungen sicherheitspolitischer Maßnahmen abzuschätzen. (Quelle: © iStockphoto.com / track5)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren (TERAS-INDEX)

Laufzeit

07/2010 – 06/2014

Projektpartner

- Universität Hamburg, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH)
- Internationales Konversionszentrum Bonn, (BICC) GmbH

Verbundkoordinator

Matenia Sirseloudi
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel.: +49 40 8660-7710
sirseloudi@ifsh.de



Innovative Sicherheitsarchitektur der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr (TIBRO)

Motivation

Das System der Feuerwehren bildet die Basis für die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr in Deutschland. Zur Bewältigung von Aufgaben planen die Feuerwehren die notwendigen personellen und technischen Ressourcen sowie die organisatorisch-funktionalen Abläufe. Obwohl sich das Aufgabenspektrum und die Anforderungen geändert haben, basieren die Schutzvorgaben und Fachkenntnisse noch weitgehend auf der 1978 in Auftrag gegebenen Studie „Entwicklung eines Systems zur Optimierten Rettung, Brandbekämpfung mit Integrierter Technischer Hilfeleistung“.

Ziele und Vorgehen

Ein zukunftsfähiges Feuerwehrsysteem erfordert eine moderne, dynamische Planungsgrundlage, um personelle und technische Ressourcen optimal einsetzen zu können. Das Projekt TIBRO hat zum Ziel, die sicherheitsrelevanten Prämissen zu evaluieren und daraus aktualisierte Grundlagen abzuleiten. Schwerpunkt im Projekt ist die Ermittlung von Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit verschiedener Szenarien, um darauf basierend eine Risikoanalyse durchführen zu können. Diese Untersuchung bildet wiederum die Basis für eine risikoabhängige Effektivitätsanalyse der Sicherheitsarchitekturen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr.

Innovationen und Perspektiven

Das Ergebnis des Projektes wird in einem Leitfaden für die Feuerwehren Deutschlands zusammengefasst. Die Ergebnisse des Projekts sollen die zukünftige Sicherheitsarchitektur in der Gefahrenabwehr sowohl in Deutschland als auch über die deutschen Grenzen hinaus verbessern.



Der effiziente Einsatz moderner Technik wird durch Forschungsergebnisse erleichtert. (Quelle: © frogger – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitle

Innovative Sicherheitsarchitektur der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr (TIBRO)

Laufzeit

04/2012 - 03/2015

Projektpartner

- Bergische Universität Wuppertal
- Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU)
- Branddirektion Frankfurt am Main
- Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V., Altenberge

Verbundkoordinator

Prof. Dr.-Ing. Uli Barth
Bergische Universität Wuppertal
Fachbereich D – Abteilung Sicherheitstechnik
Lehrstuhl Methoden der Sicherheitstechnik/Unfallforschung
42119 Wuppertal
Tel.: +49 202 439-2414
barth@uni-wuppertal.de



Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (TRANSIT)

Motivation

Mit den sich wandelnden Ansprüchen und Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner verändern sich auch die Anforderungen an städtische Räume. Ob Menschen sich in ihrem Wohnumfeld wohlfühlen, hängt maßgeblich vom persönlichen Sicherheitsempfinden ab. Dieses beruht auf individuellen Erfahrungen und ist alters-, geschlechts- bzw. herkunftsbedingt geprägt. Subjektiv Angst erzeugende Räume sind nicht zwangsläufig deckungsgleich mit objektiv (z. B. im Sinne einer erhöhten Kriminalitätsrate) gefährlichen Gebieten.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt TRANSIT will transdisziplinäre ganzheitliche Sicherheitsstrategien entwickeln, die Nachbarschaften und Wohnquartiere sicherer, lebenswerter und damit widerstandsfähiger machen. In ausgewählten Fallstudien werden bestehende städtische Sicherheitskulturen untersucht, Bedarfsanalysen zu Angst- und Gefahrenräumen erarbeitet sowie Konzepte für kriminalpräventive Sicherheitsmaßnahmen erstellt. Daraus sollen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner erhöhen und ihre Wohn- und Lebensqualität verbessern.

Innovationen und Perspektiven

Es werden transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Kommunen und Wohnungswirtschaft entwickelt und so aufbereitet, dass sie in die Alltagsorganisation und das Handeln der Sicherheitsakteure eingebettet werden können. Dadurch sollen Netzwerke und Kooperationen vor Ort gestärkt werden. Die Erkenntnisse fließen zudem in die Konzeption von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen dieser Akteure ein.



Das Projekt TRANSIT erarbeitet Sicherheitsstrategien für Wohnquartiere. (Quelle: © iStockphoto.com / Tony Tremblay)

Bekanntmachung

Urbane Sicherheit

Projekttitle

Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld –
Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei,
Wohnungsunternehmen und Kommunen (TRANSIT)

Laufzeit

06/2013 - 05/2016

Projektpartner

- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Köln

Verbundkoordinator

Dr. Anke Schröder
Landeskriminalamt Niedersachsen, Hannover
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Tel.: +49 511 26262-6503
anke.schroeder@polizei.niedersachsen.de



Ein wirtschaftswissenschaftliches Indikatorsystem zur Messung von Sicherheit und Sicherheitswirtschaft in Deutschland (WISIND)

Motivation

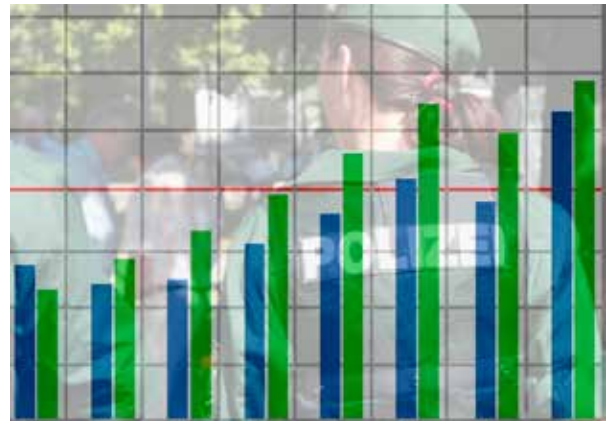
Was bedeutet „Sicherheit“ und wie kann „Sicherheit“ gemessen werden? Bisher gibt es keine Maßzahl, die die zivile Sicherheitslage in einem Staat quantifizieren kann.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt WISIND erarbeitet einen Sicherheitsindikator, der den Grad an Sicherheit in Deutschland anhand eines Wertes darstellen kann. Dieser Indikator setzt sich aus den Subindikatoren „Bedrohung“ und „Schutz“ zusammen, die wiederum durch eine Vielzahl von Einzelindikatoren bestimmt werden. Auf diese Weise wird ein wissenschaftlich fundiertes Methodengerüst für einen Gesamtsicherheitsindikator entworfen, der die weitere empirische Sicherheitsforschung beeinflussen kann. Eine enge Zusammenarbeit mit potenziellen Anwendern in Wissenschaft, Politik, Behörden, Wirtschaft und Vertretern der Zivilgesellschaft wird sicherstellen, dass die Ergebnisse über die notwendige Praxisnähe verfügen und als Orientierungswissen dienen können.

Innovationen und Perspektiven

Das umfangreiche Messkonzept schafft ein transparentes und robustes Informationsinstrument, das geeignet ist, Entscheidungsprozesse in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu unterstützen, indem es Stärken und Schwächen des nationalen Sicherheitssystems identifiziert und als vergleichbaren Zahlenwert darstellt. Nach Projektende soll der Sicherheitsindikator jährlich erhoben werden, so dass Trendanalysen und Analysen von Ursache-Wirkungszusammenhängen sowie ein Vergleich der Position Deutschlands mit der anderer Staaten möglich wird.



Indikatoren „Bedrohung und Schutz“ (Quelle: © iStockphoto.com / davelogan und © fotokalle – Fotolia.com)

Bekanntmachung

Sicherheitsökonomie und Sicherheitsarchitektur

Projekttitle

Ein wirtschaftswissenschaftliches Indikatorsystem zur Messung von Sicherheit und Sicherheitswirtschaft in Deutschland (WISIND)

Laufzeit

01/2012 - 12/2014

Projektpartner

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
- Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit, Potsdam

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Martin Kroh
Deutsches Institut für Berlin
Sozio-Oekonomisches Panel
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
Tel.: +49 30 89789-678
mkroh@diw.de



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Abgeschlossene Forschungsprojekte



Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur (DynASS)

Motivation

Das Leben in Städten ist von vielfältigen Eindrücken und Empfindungen geprägt. Das Sicherheitsempfinden wird sowohl von den persönlichen Erfahrungen geprägt als auch durch äußere Faktoren, wie den Lärmpegel, der Ausleuchtung von Straßen, Plätzen, Unterführungen oder sonstigen baulichen Gegebenheiten aktuell beeinflusst.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes DynASS ist es, die Faktoren, die das Sicherheitsempfinden von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt beeinflussen, zu identifizieren und den kommunalen Akteuren Leitfäden und Richtlinien für Maßnahmen zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls zur Verfügung zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden in einem ersten Schritt die Sicherheitswahrnehmung der Einwohner von Städten und die Maßnahmen der kommunalen Akteure zur Steigerung der Sicherheit untersucht. Hierzu werden wissenschaftliche Studien, Medienberichte und Experteninterviews analysiert. Eine schriftliche Befragung von Ordnungs- und Stadtplanungsämtern in allen deutschen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern soll zeigen, wie kommunale Akteure das Sicherheitsempfinden der Einwohner wahrnehmen, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit ergriffen werden und an welchen Orten sich das aktuelle Sicherheitsgefühl in bestimmten Zeiträumen von „sicher“ zu „unsicher“ oder umgekehrt gewandelt hat.

Innovationen und Perspektiven

Die Projektergebnisse werden kategorisiert, um unter Beachtung von Handlungsspielräumen innovative Ansätze zur kommunalen Sicherheitspolitik zu formulieren. Diese werden den kommunalen Akteuren in Form eines Leitfadens zur Verfügung gestellt.



Logo des Verbunds DynASS (Quelle: © Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur (DynASS)

Laufzeit

08/2010 - 04/2013

Projektpartner

- Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung; Institut für Strömungsmechanik und Technische Akustik; Zentrum Technik und Gesellschaft
- inter 3 Institut für Ressourcenmanagement, Berlin
- Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR), Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Technische Universität Berlin
Institut für Stadt- und Regionalplanung
Hardenbergstr. 40a
10623 Berlin
Tel.: +49 30 3142-2890
d.henckel@isr.tu-berlin.de



Systemvertrauen und Krisenmanagement: Ein interaktives Expertenaustauschsystem zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz (ESR)

Motivation

Eine gut vorbereitete, widerstandsfähige Gesellschaft wird in der Lage sein, direkte Folgen aber auch Langzeitfolgen einer Großschadenslage zu verringern und Krisen deutlich schneller zu bewältigen. Krisenresilienz – die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber Krisensituationen – beschreibt, wie Gesellschaften mit Gefahren und Notfällen umgehen. Eine Verbesserung der Widerstandsfähigkeit und des Umganges mit Katastrophen bedarf einer guten Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren sowie Kommunikation mit der Gesellschaft.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes ist es, die Widerstandsfähigkeit der deutschen sowie der israelischen Gesellschaft zu beschreiben und einen Austausch von Experten aller beteiligten Akteursgruppen zu erreichen. Die Vernetzung der Experten und der Erfahrungsaustausch soll über ein Expertensystem auf einer Informationsplattform realisiert werden. Zur Ermittlung und Bewertung der Krisenresilienz werden Untersuchungen in Deutschland und Israel vorgenommen. Dadurch soll aus den Erfahrungen in Deutschland und Israel gelernt und durch geeignete Aktivitäten eine Verbesserung der jeweiligen Widerstandsfähigkeiten erreicht werden.

Innovationen und Perspektiven

Im Projektverlauf soll das Expertensystem erarbeitet werden, um einen effektiven Informationsaustausch zwischen den Akteursgruppen und Experten zu ermöglichen. Gegenstand des Projekts ist die Erstellung eines tragfähigen Konzeptes für die Informationsplattform sowie grundlegende Arbeiten zur Resilienzforschung. Dabei wird die Datensicherheit entsprechend thematisiert.



Ziel des Projekts ist ein Informationsaustausch zwischen Deutschland und Israel über das Management von Krisensituationen.
(Quelle: © Fraunhofer IITB)

Bekanntmachung

Kooperation in der zivilen Sicherheitsforschung zwischen Deutschland und Israel

Projekttitel

Systemvertrauen und Krisenmanagement: Ein interaktives Expertenaustauschsystem zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz – Phase 1 (ESR)

Laufzeit

03/2010 - 04/2011

Projektpartner

• nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH, Berlin

Kooperationspartner in Israel

• Interdisciplinary Center for Technology Analysis and Forecasting (ICTAF), University of Tel Aviv

Verbundkoordinator

Dr. Hans-Liudger Diemel
nexus – Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin
Tel.: +49 30 3180-5463
diemel@nexusinstitut.de



Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung (INVODAS)

Motivation

Ziel von INVODAS ist es, aufzuzeigen, wie im Rahmen der Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten Freiheit und Sicherheit bestmöglich zum Ausgleich gebracht werden können. Die EG-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung gibt den Rahmen für die Umsetzung in allen EU-Mitgliedstaaten vor. Sie lässt jedoch Spielräume für die nationalstaatliche Ausgestaltung.

Ziele und Vorgehen

In diesem Sinne hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung vom 2. März 2010 eine adäquate gesetzliche Ausgestaltung gefordert. INVODAS analysiert die Voraussetzungen eines verfassungskonformen Ausgleichs und entwickelt Gestaltungsvorschläge. Empirische Grundlage hierfür bilden unter anderem die Lösungen, die andere Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie gefunden haben oder anstreben.

Innovationen und Perspektiven

Aus den Ergebnissen werden Empfehlungen generiert, die Orientierungswissen für die gesellschaftliche Diskussion im Hinblick auf Sicherheitskultur und Sicherheitsarchitektur liefern und die auf andere vergleichbare Fragestellungen, wie zum Beispiel Vorratsspeicherung von Daten über Fluggäste oder Finanztransaktionen, übertragbar sind. Die Hinweise und Empfehlungen betreffen zum einen die Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes, zum anderen Anbieter von Telekommunikationsdiensten und schließlich die öffentliche Diskussion über Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Sie werden in einem Workshop Vertretern aller drei Gruppen zur Diskussion gestellt.



Die Balance zwischen Freiheit und ziviler Sicherheit ist bei der Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten von zentraler Bedeutung. (Quelle: © iStockphoto.com / acilo)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitel

Interessenausgleich im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung (INVODAS)

Laufzeit

05/2010 - 11/2011

Projektpartner

- Universität Kassel, Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet)
- Institut für Europäisches Medienrecht, Saarbrücken

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Alexander Roßnagel

Universität Kassel

Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet)

Wilhelmshöher Allee 64-66

34121 Kassel

Tel.: +49 561 804-3130

a.rossnagel@uni-kassel.de



Krisenprävention

Motivation

Nicht immer entstehen Krisen der zivilen Sicherheit durch ein ortsnahes Ereignis. Häufig sind es auch Katastrophen oder Konflikte auf internationaler Ebene, die Rückwirkungen auf ein europäisches Land haben. Der Terroranschlag am 11. September 2001 ist ein Beispiel dafür.

Ziele und Vorgehen

Daher wird der Prävention von Krisen und ziviler Konfliktbearbeitung auch in Deutschland wachsende Bedeutung zugemessen. Vor diesem Hintergrund sollen im Projekt Krisenprävention Methoden und Anwendungsfelder der zivilen Konfliktbewältigung grundsätzlich bewertet und am Fallbeispiel Afghanistans untersucht werden. Ziel des Projekts ist es, zu zeigen, wie durch Prävention und frühe zivile Intervention Konflikte deeskaliert werden können. Da Gewaltkonflikte nachhaltige Entwicklung langfristig behindern, ist bei erfolgreichen Interventionen auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen zu erwarten.

Innovationen und Perspektiven

Das Projekt Krisenprävention evaluiert die zentralen Instrumente ziviler Konfliktprävention und -bewältigung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von gesellschaftlichen Konflikten sowie möglichen Maßnahmen für eine frühzeitige Prävention. Diese Ergebnisse werden durch eine kontinuierliche Publikations- und Vortragstätigkeit einem breiten Publikum aus Wissenschaft und Praxis zur Verfügung gestellt, bislang zum Beispiel zu folgenden Themenschwerpunkten: Sicherheitskonzepte in der internationalen Diskussion, Konflikt-Frühwarnsysteme, die Berücksichtigung von Geschlechter-Dimensionen in der Konfliktanalyse und Strategien in der Afghanistanspolitik.



Je eher Konfliktsachen erkannt werden, desto effektiver können sie bearbeitet werden. (Quelle: © iStockphoto.com / geopaul)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Krisenprävention

Laufzeit

05/2009 - 12/2012

Projektpartner

• Freie Universität Berlin

Projektkoordinator

Prof. Dr. Hermann Kreutzmann
Freie Universität Berlin
Institut für Geographische Wissenschaften
Fachrichtung Anthropogeographie
Malteserstr. 74-100 - Raum K 184
12249 Berlin
Tel.: +49 30 838-70224
Fax: +49 30 838-70757
h.kreutzmann@fu-berlin.de

Ansprechpartnerin

PD Dr. Gabriele Zdunek
Zentrum für Entwicklungsländerforschung
Institut für Geographische Wissenschaften
Freie Universität Berlin
Malteserstr. 74-100 - Haus K
12249 Berlin
Tel.: +49 30 838-70225
zdunek@zedat.fu-berlin.de



Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol)

Motivation

In den letzten 20 Jahren hat sich die Organisation von Sicherheit in den Kommunen gravierend gewandelt. Komplexer werdende Sicherheitsfragen, gestiegene Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung und die Einbeziehung von Partnern für wirksame Präventionsarbeit erfordern neue bürgernahe Sicherheitskonzepte.

Ziele und Vorgehen

Ziel des Projektes KoSiPol war die wissenschaftliche Analyse der vorhandenen Sicherheitskonzepte und ihrer Weiterentwicklung zur Verbesserung der kommunalen Sicherheit. Ausgangspunkt war eine qualitative Bestandsaufnahme der vielfältig ausgeprägten lokalen Sicherheitskooperationen und ihre Analyse aus soziologisch-kriminologischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Insgesamt wurden Sicherheitskooperationen in 16 Städten untersucht. Handlungsfelder dieser Kooperationen waren „Jugendliche als Täter und Opfer“, „Häusliche Gewalt“, „Sucht und Drogen“ sowie „Polizeipräsenz“. Anhand dieser Fallstudien wurden die Randbedingungen neuer kooperativer Sicherheitsstrukturen erarbeitet und hinsichtlich ihrer Wirkung, Übereinstimmung mit den Sicherheitsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Akzeptanz bewertet.

Innovationen und Perspektiven

Die von KoSiPol entwickelten neuen Lösungsansätze für Sicherheitskooperationen fließen in die Ausbildung kommunaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie von Polizeinachwuchskräften ein. Ferner werden die Ergebnisse in praxisorientierter Form an Kommunen und weitere Akteure der lokalen Sicherheit weitergegeben.



Bürgernahe Sicherheitskonzepte spielen bei der Verbesserung der zivilen Sicherheit eine große Rolle. (Quelle: © Innenministerium NRW)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitel

Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt (KoSiPol)

Laufzeit

05/2010 - 09/2012

Projektpartner

- Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft
- Europäisches Zentrum für Kriminalprävention e. V., Münster

Verbundkoordinator

PD Dr. Bernhard Frevel
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft
Scharnhorststr. 100
48151 Münster
Tel.: +49 251 28590
bernhard.frevel@fhoev.nrw.de



Entwicklung und Evaluation sozialer und professioneller Netzwerke und Frühwarnsysteme zur Prävention von School Shootings (NETWASS)

Motivation

School-Shootings sind verheerend, das Sicherheitsgefühl weiter Teile der Bevölkerung leidet – auch wenn es sich um Androhungen solcher Taten handelt. Um die Sicherheitslage an Schulen und die Handlungssouveränität des Schulpersonals zu optimieren, sind Konzepte zur Prävention von Gewalttaten und zum Umgang mit Androhungen dieser Art gefragt.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt erforscht die Identifikation von Risikofaktoren, die Merkmale der Hinweise auf schwere Gewalttaten, wie School Shootings, sowie Kriterien für die Einstufung der Ernsthaftigkeit von Leakings. Leaking bedeutet, dass der Täter im Vorfeld Hinweise auf Tatfantasien oder Pläne hinterlässt. Daraus ergeben sich Anhaltspunkte für präventives Eingreifen. Ziel des Projekts war es, betroffene Berufsgruppen zu sensibilisieren und sie zu befähigen, auffällige Kinder und Jugendliche frühzeitig zu identifizieren. Lehrer und Erzieher wurden dazu ausgebildet, Bedrohungseinschätzungen in einem interdisziplinären Team durchzuführen und im Netzwerk mit Experten zu bearbeiten.

Innovationen und Perspektiven

Die Umsetzung der Konzepte von NETWASS erfolgte an 120 Schulen in drei Bundesländern. Die Projektergebnisse tragen dazu bei, die Ernsthaftigkeit von Gewaltandrohungen realistisch zu bewerten. Krisenhafte Entwicklungen von Schülerinnen und Schülern werden rechtzeitig identifiziert, um ihnen benötigte Hilfen zukommen zu lassen. Durch Schulungen erhalten Lehrerinnen und Lehrern Handlungsanleitungen und Richtlinien, die ein seriöses Erkennen von Gefahren und ein der Situation angepasstes Handeln ermöglichen. Die Ergebnisse aus der Pilotphase an drei Berliner Schulen sind vielversprechend.



Für eine Schule hat allein die Androhung einer Gewalttat verheerende Auswirkungen. (Quelle: © iStockphoto.com / Rhoberazzi)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Entwicklung und Evaluation sozialer und professioneller Netzwerke und Frühwarnsysteme zur Prävention von School Shootings (NETWASS)

Laufzeit

10/2009 – 03/2013

Projektpartner

- Freie Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie
- Institut für angewandte Sicherheitsforschung (InaS), An-Institut der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPolBB) in der Rechtsträgerschaft des Fördervereins der FHPolBB e. V. (im Unterauftrag), Oranienburg

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Freie Universität Berlin

Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie

Habelschwerdter Allee 45

14195 Berlin

Tel.: +49 30 838 565-46

herbert.scheithauer@fu-berlin.de



Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen (Pri-Kats)

Motivation

Das System der Inneren Sicherheit besteht vorwiegend aus den Bereichen Polizei, Nachrichtendiensten und mit zunehmender Bedeutung auch aus der privaten Sicherheitswirtschaft. Bisher wurde es nur stark segmentiert betrachtet. Mit den Gefahren des internationalen Terrorismus, aber auch durch den drohenden Klimawandel, rückt der komplexe Katastrophenschutzverbund in der Bundesrepublik stärker ins öffentliche Interesse.

Ziele und Vorgehen

Das Projekt „Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen“ beinhaltet zwei Schwerpunkte: Eine Zielsetzung richtet sich darauf, die Zusammenarbeit und Koordination von Behörden und Organisationen in Bund, Ländern und Kommunen bei länderübergreifenden Großschadensereignissen zu untersuchen. Die zweite Zielsetzung richtet sich auf die Prüfung unterschiedlicher Rechtsnormen. Insbesondere wird analysiert, nach welchen Verfahren und Normen Prioritäten für Rettungsmaßnahmen festgelegt und umgesetzt werden sollen.

Innovationen und Perspektiven

Zudem behandelt das Vorhaben Fragen der Sicherheitsarchitektur: Wie entwickelt sich der Katastrophenschutz in einem integrierten Konzept der Inneren Sicherheit? Die Grundlage dafür liefern Organisationsanalysen von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Das Projekt soll dabei unterstützen, geeignete Strukturen, Entscheidungsprozesse sowie inhaltliche Strategien zu entwickeln, um Katastrophenfällen präventiv besser begegnen zu können. Bei den bisherigen Untersuchungen zeichnet sich ab, dass das föderal strukturierte System des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich handlungsfähig ist.



Helfer bei einer Großschadenslage (Quelle: © THW)

Bekanntmachung

Schutz und Rettung von Menschen

Projekttitel

Prioritätenbildung bei Rettungsmaßnahmen (Pri-Kats)

Laufzeit

04/2009 - 12/2012

Projektpartner

- Private Universität Witten/Herdecke, Fakultät für Kulturreflexion, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement
- Universität Bielefeld, Fakultät für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange
Private Universität Witten/Herdecke
Fakultät für Kulturreflexion, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Sicherheitsforschung und Sicherheitsmanagement
Alfred-Herrhausen-Straße 50
58448 Witten
Tel.: +49 2302 926-809
Hans-Juergen.Lange@uni-wh.de



Sicherheitsgesetzgebung (SiGG)

Motivation

Bei politischen Maßnahmen, die der inneren Sicherheit dienen sollen, nimmt die Diskussion um die Notwendigkeit von staatlichen Eingriffsbefugnissen einen breiten Raum ein. Das gilt vor allem für die Frage, wie beispielsweise neuen Bedrohungsszenarien, wie organisierter Kriminalität oder internationalem Terrorismus, angemessen begegnet werden kann. Bei der Formulierung des Sicherheitsrechts kommt der Exekutive eine entscheidende Bedeutung zu. Diese Rolle sollte von den Akteuren so wahrgenommen werden, dass das diffizile Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit in der Balance gehalten wird. Welche Instrumente und Lösungen dafür am besten geeignet sind, ist jedoch nicht immer offensichtlich.

Ziele und Vorgehen

Das Vorhaben SiGG ist zum einen darauf ausgerichtet, die theoretischen Zusammenhänge des Verhältnisses zwischen Exekutive und Judikative zu analysieren und in die wissenschaftliche Diskussion einzubringen. Zum anderen ist es Ziel des Vorhabens, die vielfältigen Herausforderungen, die sich aus der Einflussnahme der Sicherheitsakteure auf die Sicherheitsgesetzgebung ergeben können, zu analysieren. Die Grundlage dafür liefern ausführliche Analysen der drei Bereiche Gesetzgebung zur Videoüberwachung, zur Telekommunikationsüberwachung sowie zu biometrischen Kontrollsystemen.

Innovationen und Perspektiven

Als Ergebnis des Projekts werden die Gesetzgebungsprozesse im Sicherheitsrecht differenziert abgebildet und die grundlegenden Fragen von Regierungslegitimation, Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Beteiligung und Kontrolle sowie Lösungskonzepte erarbeitet.



Bei Maßnahmen, die der inneren Sicherheit dienen, ist es wichtig, das Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit zu wahren.
(Quelle: © iStockphoto.com / no_limit_pictures)

Bekanntmachung

Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung

Projekttitle

Sicherheitsgesetzgebung (SiGG)

Laufzeit

07/2010 - 06/2013

Projektpartner

- Universität Bielefeld
- Universität Witten/Herdecke

Verbundkoordinator

Prof. Dr. Christoph Gusy
Universität Bielefeld
Fakultät für Rechtswissenschaft
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Staatslehre und
Verfassungsgeschichte
Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld
Tel.: +49 521 1064-397
christoph.gusy@uni-bielefeld.de



Sicherheitskommunikation: Strategien zur kommunikativen Unterstützung von Schutz- und Rettungsmaßnahmen (SiKomm)

Motivation

Kommunikation wird als ein sicherheitsrelevanter Faktor in Katastrophenlagen betrachtet. Maßnahmen zum Schutz und zur Rettung von Menschen müssen durch Kommunikationsprozesse vorbereitet, koordiniert und nachträglich verarbeitet werden. Bei der Sicherheitskommunikation spielt die Robustheit der Verständigung über alle Ebenen hinweg eine zentrale Rolle.

Ziele und Vorgehen

Kommunikationsprozesse diverser Akteure, wie etwa Betroffene, Rettungs- und Hilfsdienste, Krisenmanagement und Medien werden szenarienübergreifend identifiziert und auf verallgemeinerbare kommunikative Strategien untersucht. Neben der Analyse der Berichterstattung zu ausgewählten Szenarien, wie etwa dem Zusammenbruch von Infrastrukturen, Naturkatastrophen und Terrorismus, werden bei teilnehmenden Beobachtungen von Krisenübungen zeitgeographische Methoden herangezogen. Zur Unterstützung der Sicherheitskommunikation durch ICT-Lösungen werden ganzheitliche Krisenkommunikations- sowie Krisenmanagementsysteme getestet. So können ebenenübergreifend robuste kommunikative und mediale Interventionsoptionen erprobt werden. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die kommunikationsethische Dimension von Sicherheitskommunikation.

Innovationen und Perspektiven

Systemdynamische Krisenmodelle und antizipatorische Interventionsstrategien stellen eine wesentliche Grundlage präventiver und reaktiver Kommunikationsmaßnahmen dar. Sicherheitskommunikation selbst wird als Schutz- und Rettungsmittel begriffen. Sie ist geeignet, Selbstorganisations- und Restrukturierungsprozesse zu stärken und die zivile Krisenfestigkeit zu fördern.



Kommunikation zwischen Einsatzkräften (Quelle: © SiKomm)

Bekanntmachung

Schutz und Rettung von Menschen

Projekttitel

Sicherheitskommunikation: Strategien zur kommunikativen Unterstützung von Schutz- und Rettungsmaßnahmen (SiKomm)

Laufzeit

02/2009 - 07/2012

Projektpartner

• Universität Siegen, Institut für Medienforschung (IfM)

Projektkoordinator

Prof. Dr. Gebhard Rusch
Universität Siegen
Institut für Medienforschung (IfM)
Adolf-Reichwein Str. 2
57068 Siegen
Tel.: +49 271 740-4289
Fax: +49 271 740-2533
info@sikomm.org



Terahertz-Detektionssysteme: Ethische Begleitung, Evaluation und Normenfindung (THEBEN)

Motivation

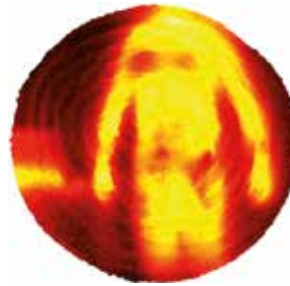
Das Projekt THEBEN beschäftigt sich im Rahmen einer „Ethik der Sicherheit“ mit der Entwicklung und Implementierung von Sicherheitstechnologien, insbesondere von Körperscannern. Durch Körperscanner werden nicht nur am Körper versteckte, gefährliche Gegenstände sichtbar gemacht, sondern auch Körperrumrisse.

Ziele und Vorgehen

Zu diesem Thema behandelt das Projekt THEBEN Fragen der Balance von Sicherheit und Privatheit. Dafür wurden fünf Forschergruppen bei der Entwicklung von Körperscannern begleitet, die Akzeptanz der entwickelten Systeme untersucht und auf ethische Herausforderungen und Lösungen hingewiesen. Im Einzelnen beschäftigt sich das Projekt mit ethisch relevanten Aspekten des Technikdesigns, mit Kontexten der Implementierung und mit Personengruppen, die auf unterschiedliche Weise betroffen sind. Es wurden konkrete Entwicklungs- und Anwendungsempfehlungen erarbeitet und darüber hinaus gesellschaftliche Konzepte von Sicherheit im Zusammenhang mit Technologien analysiert. Thematisiert wurde die Notwendigkeit von diskriminierungsfreien Alternativen und die Abstrahierung der erzeugten Bilder. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass mit Abstrahierungen von Körpern, die nicht der erwarteten Norm entsprechen, wie z. B. im Falle verdeckter Behinderungen, nicht alle ethischen Probleme gelöst werden.

Innovationen und Perspektiven

Das Projekt hat eine Handreichung zur ethischen Evaluation von Sicherheitstechnologien erarbeitet. Diese dient der Orientierung für den gesellschaftlichen Diskurs ebenso wie für Forschungspolitik, Entwickler und Anwender. Darüber hinaus ist das Kurzgutachten „Der Einfluss von Sicherheitstechnik auf die Mobilität von Menschen mit Behinderungen im Kontext der Flughafensicherheit am Beispiel Körperscanner“ erstellt worden.



Personenaufnahme mit Hilfe eines THz-Scanners (Quelle: © THEBEN)

Bekanntmachung

Detektionssysteme für chemische, biologische, radiologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe (CBRNE-Gefahren)

Projekttitel

Terahertz-Detektionssysteme: Ethische Begleitung, Evaluation und Normenfindung (THEBEN)

Laufzeit

10/2007 - 12/2010

Projektleitung

Prof. Dr. Regina Ammicht Quinn
Eberhard Karls Universität Tübingen
Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)
Eberhard Karls Universität Tübingen
Wilhelmstraße 19
72074 Tübingen
Tel.: +49 7071 29-77988
regina.ammicht-quinn@uni-tuebingen.de

Projektkoordination

Benjamin Rampp, M.A.
Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)
Eberhard Karls Universität Tübingen
Wilhelmstraße 19
72074 Tübingen
Tel.: +49 7071 29-77981
benjamin.rampp@uni-tuebingen.de
theben@izew.uni-tuebingen.de



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),
Referat Sicherheitsforschung
53175 Bonn

Stand

Juni 2013

Druck

mc3 Druck & Medienproduktions GmbH, Bochum / Düsseldorf

Gestaltung

ecosense – media & communication, Köln

Bildnachweis

Titelbild: © Zoe - Fotolia.com

Text

VDI Technologiezentrum GmbH

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerberinnen/Wahlwerbern oder Wahlhelferinnen/Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin/dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.